

Frankfurter Rundschau, Thema des Tages, 24.04.06:

HINTERGRUND

Initiative für Transparenz. Kritik an Vergabe des EU-Geldes

VON STEPHAN BÖRNECKE

Die Debatte um die öffentliche Darlegung der EU-Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe hat einen Hintergrund: Absehbar ist, dass Agrarsubventionen möglicherweise drastisch beschnitten und etwa die Mittel für die Agrarumweltprogramme gekürzt werden. Es geht nicht um eine "Streich- oder Neiddebatte", schreibt die "Initiative für Transparenz bei den EU-Agrarsubventionen" an Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, sondern um eine grundlegende Debatte über die Förderziele der EU.

Die Initiative aus zwei Dutzend Organisationen, darunter die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, WWF, BUND, Nabu, Euronatur, Germanwatch sowie Misereor, verlangt, dass das Geld nach sozialen, ökologischen, verbraucher-spezifischen und tiergerechten Kriterien vergeben wird.

Marita Wiggerthale, Handelsexpertin bei der Entwicklungsorganisation Oxfam, sagt: "Das sind öffentliche Gelder. Da hat jeder Bürger das Recht, zu fragen, ob sie auch sinnvoll ausgegeben werden und welche gesellschaftlichen Leistungen damit verbunden sind". Nur dann, so die AbL, wenn die Zahlungen an einen "positiven sozial-ökologischen Nutzen für die Gesellschaft" gebunden würden, seien sie in Zukunft glaubwürdig und durchsetzbar. "Wir brauchen eine erkennbare Gegenleistung für die Gesellschaft, für die Natur, die Umwelt und in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit für die Beschäftigung", argumentiert der umweltpolitische Direktor von Euronatur, Lutz Ribbe.

Eine der zentralen Bedingungen: die Bindung der Prämien an den Faktor Arbeit. 120000 Euro je Arbeitskraft an EU-Geld, wie sie laut AbL in durchrationalisierten Großbetrieben heute vorkommen, stellen eine Verschwendung von Steuergeld dar und bedeuteten eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft. Anders als oft dargestellt werde eine tier- und umweltgerechte Landwirtschaft, die im Verhältnis mehr Arbeitsplätze benötige, von der aktuellen Förderpolitik benachteiligt.

Damit einher geht eine Diskussion um die Einführung von Obergrenzen der Prämienzahlung sowie einer prozentualen Kappung bei den Großverdienern: Ribbe etwa schlägt vor, die Prämien bei Höfen, die mehr als 20 000 Euro pro Jahr erhalten, um zehn, bei mehr als 100 000 Euro um 20 Prozent zu kürzen (Modulation). Dieses Geld könnte dann in die ländliche Entwicklung sowie für die bislang unsichere Finanzierung des EU-weiten Schutzkonzeptes Natura 2000 gesteckt werden. Die Mittel blieben damit in der Landwirtschaft, kämen dann aber vor allem kleineren Höfen zugute.

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2006 Dokument erstellt am 23.04.2006 um 16:52:42 Uhr Erscheinungsdatum 24.04.2006

Frankfurter Rundschau, Frankfurt & Hessen, 24.04.06: